

Fossil Free Resolution

Der Rat von Freiburg wolle beschließen:

Klimakrise anerkennen

1. Freiburg erkennt an, dass die Klimakrise unsere Gesundheit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Artenvielfalt, ganze Ökosysteme und darüber hinaus sogar das Überleben der Menschheit auf unserem Planeten bedroht. Deutschland und andere Industrieländer tragen die Hauptverantwortung für die historischen Treibhausgasemissionen und sind besonders gefordert zu handeln. Die extremen Folgen der Klimakrise sind schon heute eine existentielle Bedrohung insbesondere für Bevölkerungsschichten in Ländern des Globalen Südens, obwohl sie kaum zu globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben. In Deutschland leiden v.a. ökonomisch und strukturell benachteiligte Menschen unter Klimafolgen, extremen Strukturumbrüchen und Extraktion fossiler Brennstoffe. Gleichzeitig ordnen die Hauptverursacher - fossile Unternehmen und andere Verschmutzer - ihre gesellschaftliche Verantwortung ihrem Profitstreben unter und führen ihre zerstörerischen Geschäftsmodelle fort.

Klimaschutzstrategie entwickeln

2. Freiburg verpflichtet sich, die Klimakrise als eine vorrangige Aufgabe anzugehen. [Sie/Er] entwickelt innerhalb der nächsten sechs Monate eine öffentlich einsehbare Klimaschutzstrategie. Um - entsprechend des von Deutschland unterzeichneten Pariser Klimaabkommens, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen - beinhaltet diese Strategie verbindliche Zwischenziele für alle Sektoren welche eine vollständige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 garantieren. [1] Dazu gehören insbesondere Sofortmaßnahmen, die eine 10%ige Treibhausgasreduktion gegenüber heute bis Ende 2020 in [Stadt, Kommune, Kreis] bewirken. Die Klimaschutzstrategie zielt darauf ab, die Klimakrise zu bewältigen und dabei die volle Verantwortung für die historischen Emissionen insbesondere der Industriestaaten zu übernehmen. Daher wird die Strategie das Prinzip der Klimagerechtigkeit in all seinen Punkten priorisieren.[2]

Globales Gemeinwohl stärken

3. Die gesamte Klimaschutzstrategie und alle künftigen Entscheidungen und Maßnahmen [der Stadt, Kommune, des Kreises] werden zu einer klima- und ressourcenschonenden, lokalen Wirtschaftsweise beitragen. Hierbei steht die Verbesserung des lokalen und globalen Gemeinwohls, also des sozialen, ökologischen und kulturellen Wohlstands für unsere eigenen und zukünftigen Generationen als auch für alle lebenden Arten im Mittelpunkt. Dabei muss die Lebens- und Wirtschaftsweise in Deutschland und anderen Industrieländern so überdacht werden, dass Menschen in anderen Ländern keine ausgelagerten sozialen und ökologischen Kosten tragen müssen und globale Gerechtigkeit entstehen kann (=Klimagerechtigkeit).

Für alle Vorhaben der öffentlichen Verwaltung werden ergänzend zu der heutigen Prüfung der „Auswirkungen auf die Umwelt“ auch die „Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen“ transparent gemacht. Wo negative Klimafolgen eines städtischen Vorhabens absehbar sind, muss der Schutz von Klima und Natur Vorrang vor Profit haben.

Gelder bereitstellen

4. Freiburg wird dem Freimachen von Haushaltsgeldern für die Klimaschutzstrategie, neben sozialen Belangen der Stadt wie z.B. die Förderung und Sicherung günstigen Wohnraums, höchste Priorität einräumen. Unternehmen, die in der Vergangenheit Treibhausgasemissionen und Umweltverschmutzung verursacht haben, werden aufgerufen in einen Fonds einzuzahlen, der die städtischen und andere Klimaschutzmaßnahmen finanziell unterstützt.

Aus Infrastruktur für Kohle, Erdöl und Erdgas aussteigen

5. Die Entwicklung jeglicher neuer sowie der Ausbau bestehender Infrastruktur für Kohle, Erdöl und

Erdgas wird in Freiburg sofort eingestellt. Der Betrieb bestehender Infrastruktur für fossile Brennstoffe wird innerhalb der Zuständigkeit der Stadt bis spätestens 2030 eingestellt. Zu fossiler Infrastruktur zählen Kraft- und Heizwerke, Pipelines, Förder- und Lagerstätten, u.ä.

Wärmewende umsetzen

6. Freiburg fördert den Neubau von und den Wechsel zu erneuerbaren und klimafreundlichen Heizsystemen und stoppt jegliche kommunale Förderung für den Neubau von fossilen Erdöl- und Erdgasheizungen. Des Weiteren steigt [Stadt, Kommune, Kreis] bei der Fernwärmeversorgung aus der Kohlenutzung bis 2025 aus. Bei der Wärmeversorgung lässt [Stadt, Kommune, Kreis] innerhalb eines Jahres ein Umsetzungskonzept für die Umstellung auf 100% erneuerbare Energien bis 2030 erstellen.

Verkehrswende schaffen

7. Freiburg reduziert den verfügbaren Platz zum Parken von Autos jährlich um 5%. Die autofreie Innenstadt wird bis spätestens 2025 umgesetzt. Die Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer werden kontinuierlich verbessert. Dazu gehören der Ausbau farblich markierter, 2,3 Meter breiter und komfortabler Radwege, der Vorrang für Rad-, Fußverkehr und Radstellplätze. Innerhalb eines Jahres wird ein Finanzierungskonzept erarbeitet, welches kostenlosen öffentlichen Nahverkehr für alle Nutzer*innen bis spätestens 2025 in [Stadt, Kommune, Kreis] ermöglicht. Der ÖPNV wird in Frequenz ausgebaut und kürzere Fahrtzeiten werden angestrebt. Der durch diese Maßnahmen neu entstehender Raum soll für die Ausweitung von Grün- und Gemeinschaftsflächen und die kommunale Forstwirtschaft genutzt werden.

100% Erneuerbare Energien meistern

8. Freiburg wird konkrete Pläne entwickeln und umsetzen, um einen sozialverträglichen Übergang zu einer 100%igen Versorgung mit erneuerbaren Energien für alle Bürger*innen und Institutionen in [Stadt, Kommune, Kreis] bis 2030 zu sichern. Ein sozialverträglicher Übergang bedeutet, dass ein städtisches Förderprogramm finanziell benachteiligte Bevölkerungsschichten vor Energiearmut schützt und vom Strukturwandel betroffene Arbeitnehmer*innen z.B. bei der Neuqualifizierung finanziell unterstützt. [Die/Der Stadt, Kreis, Kommune] erlässt eine Photovoltaik-Verpflichtung für städtische und kirchliche Gebäude sowie für Sportvereine. [Er/Sie] verpflichtet Privatleute, Gewerbe und Unternehmen bei dem Kauf von Grundstücken [des/der Stadt, Kreises, Kommune], diese mit Photovoltaik auszustatten. Im Übergang zu 100% erneuerbarer Energie wird dezentrale und bürger*innen-/stadteigene Energie präferiert (z.B. Bürger*innengenossenschaft), Mieter*innenstrom kommunal gefördert und eine (Re-)Kommunalisierung der Stromnetze angestrebt.

Energieverbrauch verringern und Gebäudesanierung intensivieren

9. Energieeinsparungen müssen bei der Energiewende im Vordergrund stehen, da bei gleichbleibendem Strombedarf erneuerbare Energien nicht mit Naturschutz und Ressourcenverbrauch (Bsp.: Silizium) vereinbar sind. Freiburg und lokale Unternehmen werden jährlich in allen Bereichen (Stromverbrauch, Wärme, Transport, etc.) einen Bericht zu Einsparpotential veröffentlichen und ihn verbindlich umsetzen. Freiburg wird die Sanierungsrate der Altgebäude auf mindestens 5% pro Jahr bis 2025 erhöhen. Um die Mieter*innen nicht zusätzlich zu belasten, dürfen die Mieten dabei maximal um den Betrag gesteigert werden, der bei den Energiekosten eingespart wird.

Divestment beschließen

10. Freiburg wird ihre Geldanlagen divestieren: d.h. [er/sie] wird sämtliche neue Investitionen in und jegliche Finanzierung von fossilen Projekten und Unternehmen ab dem Zeitpunkt des Beschlusses ausschließen. Bestehende Unternehmensbeteiligungen, Anleihen, Aktien, Investmentfonds oder sonstige Investitionen der Atom-, Kohle-, Öl- und Gasindustrie werden innerhalb von 2,5 Jahren abgestoßen. Bis Ende 2020 wird jegliche Subventionierung von fossilen Energieträgern beendet. Stattdessen wird in Unternehmen investiert, welche das globale Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und Klimaschutz stärken.

Klimawandel als Fluchtursache anerkennen

11. Freiburg erkennt den Klimawandel als Fluchtursache an und verteidigt somit das Recht auf Asyl für Menschen, die aufgrund von Klimawandelfolgen ihre Heimat verlassen müssen. [Er/Sie] beschließt außerdem im Rahmen der [Initiative Seebrücke zum "sicheren Hafen" für Geflüchtete](#) zu werden.

Netzwerke Nutzen

12. Freiburg wirkt im Rahmen des Deutsche Städtetages oder Städtebundes darauf hin, dass der Abbau von Hindernissen für eine klimabewusste und klimagerechte Kommunalpolitik vorangetrieben wird, welche die historischen Emissionen anerkennt und die Auslagerung von Emissionen und Verschmutzung in Länder des Globalen Südens beendet.

Bundesregierung in die Pflicht nehmen

13. Freiburg fordert die Bundesregierung auf, Hindernisse abzubauen, welche Kommunen daran hindern, ihre Klimaschutzziele einzuhalten und ausreichende Gelder für den gerechten Übergang auf kommunaler Ebene hin zu einer emissionsfreien Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Außerdem fordert [sie/er] die Bundesregierung auf, alle Ministerien zu verpflichten nationale Klimaziele und das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Um dies zu ermöglichen müssen eine gerechtere Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften eingeführt, Subventionen für atomar-fossile Energieträger sofort beendet, eine sozial gerechte CO₂-Bepreisung implementiert, die Entwicklung jeder neuer Infrastruktur für fossile Brennstoffe gestoppt, die Nutzung fossiler Brennstoffe und der darauf basierenden Technologien beendet, sowie die Energieversorgung zu 100% erneuerbare Energien ausgebaut werden, ohne Gemeinschaften des Globalen Südens dadurch negativ zu belasten.

Kontrollmechanismen festlegen und Partizipation gestalten

14. Die Klimaschutzstrategie Freiburg muss folgende Kontrollmechanismen zur Einhaltung der Ziele vorsehen:

Ob die bisher gesetzten Emissions-Reduktionsziele Freiburg ausreichen, um die 1,5°C Grenze einzuhalten, wird innerhalb eines Jahres wissenschaftlich geprüft werden. Die Nichteinhaltung der quantifizierten Emissionsreduktionsziele (inklusive des Ziels einer 10%igen Reduktion der lokalen Emissionen bis Ende 2020 gegenüber heute) werden öffentlich in der nächsten Sitzung des Rates bekannt gegeben und diskutiert. Innerhalb von drei Monaten nach Feststellung der Nichteinhaltung hat der Rat einen Beschluss zu fassen, der einen Bericht mit Analysen der Ursachen für die Nichteinhaltung sowie Sofort- und Langfristmaßnahmen zum Ausgleich des Emissionsüberhangs umfasst.

Außerdem verpflichtet sich Freiburg, die Beteiligung zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteure, sowie besonders betroffene Bevölkerungsgruppen im Rahmen eines *Klimaausschusses* bei der Planung, Umsetzung und Überprüfung der Klimaschutzstrategie sicherzustellen. Betroffene Gruppen sind v.a. alte und junge Menschen, Schwarze Menschen und Menschen of Color, Menschen mit Fluchterfahrung, Queere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen die an fossilen Abbaugebieten leben und Menschen, die im fossilen Sektor oder im direkten Kontakt mit der Natur arbeiten. Im *Klimaausschuss* werden bevorzugt Menschen konsultiert, die in Verbänden oder Selbstvertretungen organisiert sind und somit eine größere Interessengruppe repräsentieren können. Der *Klimaausschuss* muss bei allen klimarelevanten Maßnahmen (Planung, Bau, Finanzierung, etc.) in die Beratungsfolge verpflichtend einbezogen und die Mitglieder für ihre Arbeit finanziell entschädigt werden. Eine zentrale Aufgabe des *Klimaausschusses* ist es, die Auswirkungen der Maßnahmen auf die globale Gemeinschaft kritisch zu bewerten. Dies soll die Auslagerung von sozialen und ökologischen Kosten insbesondere in den Globalen Süden verhindern. Der *Klimaausschuss* hat ein Vetorecht und berät mindestens einmal im Monat über das städtische Klimaschutz-Vorgehen. Einmal pro Halbjahr wird über die Fortschritte und Rückschläge der Umsetzung in öffentlichen, partizipativen Veranstaltungen berichtet.

Anmerkung:

[1] <https://de.wikipedia.org/wiki/Klimagerechtigkeit>

[2] [1,5°C: Was Deutschland tun muss](#): „Die untere – also ambitioniertere – Grenze des Korridors bilden Ansätze, welche die Wirtschaftsleistung und die historischen Emissionen aller Länder berücksichtigen. In diesen Ansätzen müssten Deutschlands Emissionen schon im Jahr 2020 auf null und 2030 bereits weit im negativen Bereich liegen. D.h. Deutschland hat nach diesen Verteilungsschlüsseln sein Budget heute schon überzogen und muss es mit negativen Emissionen oder Klimaschutzmaßnahmen in anderen Ländern wieder ausgleichen. Der Mittelwert aus dem oberen und dem unteren Ende des Spektrums führt zu null Emissionen bereits im Jahr 2030 (Abbildung 7).“

Begründung

Die Umsetzung der Fossil Free Resolutionen ist eine Investition in die Zukunft - für die Stabilität unserer Ökosysteme, für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für den Ausbau von guten Arbeitsplätzen in nachhaltigen und gemeinwohlfördernden Sektoren, für die Gesundheit, Freiheit und das Glück dieser und der nächsten Generationen - egal welcher sozialen oder geografischen Herkunft.

Die Wissenschaft ist klar: Die globale Gemeinschaft - jedoch insbesondere die industrialisierten Länder - muss den Temperaturanstieg auf 1,5° C begrenzen. Nur so kann der Zusammenbruch der Ökosysteme aufgehalten werden. Ein höherer Temperaturanstieg riskiert das Überleben von Gemeinschaften im Globalen Süden schon heute und letztlich der gesamten menschlichen Zivilisation in naher Zukunft. Gleichzeitig gehören die immer weiter klaffende Schere zwischen Arm und Reich und die Vertreibung einer wachsenden Zahl von Menschen aus ihren Heimatländern durch die Klimakrise und die Destabilisierung von Staaten und Regionen zu den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit.

Die Fossil Free Resolutionen fordern Städte, Kreise und Kommunen auf, den wirtschaftlichen und ökologischen Wandel voranzutreiben, um den Kollaps unserer Gesellschaften und Ökosysteme zu verhindern. Die Last dieses Übergangs darf dabei nicht auf den Schultern ökonomisch oder strukturell benachteiligter Bevölkerungsschichten, alter und junger Menschen, Schwarzer Menschen und Menschen of Color, Menschen mit Fluchterfahrung, Queerer Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen die an fossilen Abbaugeländen leben, Menschen, die im fossilen Sektor oder im direkten Kontakt mit der Natur arbeiten oder den Menschen im Globalen Süden liegen. Tiefgreifender Wandel ist nur möglich, wenn eine beispiellose Zusammenarbeit auf allen Ebenen stattfindet.

Der gerechte Übergang wird nicht von oben nach unten erfolgen. Er wird vor allen Dingen von betroffenen Menschen, engagierten Bürger*innen und Gemeinden vorangetrieben. Dies bietet die große Chance, unsere Gesellschaft zu mehr Gemeinwohl zu führen, von Wachstumslogik und Konkurrenz Abstand zu nehmen und ein solidarisches Miteinander zu fördern. Das kann gelingen, wenn Erfolg künftig an steigendem globalen, gesellschaftlichen Wohlbefinden und ökologischer Nachhaltigkeit und nicht an Wachstum von Unternehmensprofiten und Bruttoinlandsprodukt gemessen wird.